

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.08.2023**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 19:26 Uhr**  
**Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** stellt zur Tagesordnung den Änderungsantrag, die Beschlussvorlage unter TOP 9.6 öffentlich zu behandeln ist. Er stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung, nachdem Wortmeldungen nicht erfolgten.

**Abstimmungsergebnis: 9:0:0**

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.06 2023**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, durch Frau Erxleben, Leiterin des Amtes 53, vertreten wird. Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, wird vertreten von Herrn Kuras, Leiter des Amtes 40. Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, befindet sich auf Dienstreise und wird durch den Ausschussvorsitzenden sowie Frau Ziegler von Amtes 20 vertreten.

**Der Ausschussvorsitzende** bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 28.06.2023 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

**Abstimmungsergebnis: 8:0:1**

## 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 28.06.2023 bekannt:

Führung eines Rechtsstreits zur Rückabwicklung eines Grundstückskaufvertrages

5. Nachtrag des Geschäftsführervertrages der DVV Stadtwerke

Unternehmensangelegenheiten  
Anpassung des Geschäftsführervertrages der DWG Geschäftsführung

Unternehmensangelegenheiten  
Gründung einer Projektgesellschaft und ihrer Komplementär-GmbH zur Errichtung, Entwicklung und zum Betrieb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in Dessau-Roßlau, im Ortsteil Mühlstedt, und ggf. weiterer Projekte im Bereich Erneuerbarer Energien.

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2022 der WBD Industriepark Dessau GmbH

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2022 der WBD Industriepark Dessau GmbH – Ergebnisverwendung

Unternehmensangelegenheit  
Jahresabschluss 2022 der MVZ SKD gGmbH

Unternehmensangelegenheit  
Jahresabschluss 2022 der MVZ SKD gGmbH – Ergebnisverwendung

Unternehmensangelegenheiten  
Abrechnung der Zielvereinbarungen 2022 mit der Geschäftsführung der MVZ SKD gGmbH

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2022 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG)

Unternehmensangelegenheiten  
Abrechnung der Zielvereinbarung 2022 mit der Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG)

Unternehmensangelegenheiten  
Dessau-Roßlau mbH (SMG) – Ergebnisverwendung

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2022 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2022 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) –  
Ergebnisverwendung

Unternehmensangelegenheiten  
Abrechnung der Zielvereinbarung 2022 mit der Geschäftsführung der Dessauer  
Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)

## 5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

## 6 Einwohnerfragestunde

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt drei Fragen eines Bürgers, die im Vorfeld eingereicht wurden, bekannt:

### Frage 1

Was ganz konkret ist nach dem Verkauf des Grundstückes am Schlossplatz für die Stadtkasse übriggeblieben? Das neue Hotel am Schlossplatz hat eröffnet. Damit sollten auch genaue Zahlen vorliegen.

**Der Ausschussvorsitzende** erinnert daran, dass das Grundstück bereits vor einigen Jahren veräußert wurde und Grundstücksangelegenheiten nichtöffentliche Themen sind. Mit der Veräußerung wurden Einnahmen erzielt. Weiteren Einnahmen, wie beispielsweise Steuererträge, können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekanntgegeben werden.

### Frage 2

Wie genau verhält sich hier der Sachverhalt? In der Zeitung war zu lesen, dass es Anzeichen für eine neue Flüchtlingsunterkunft in Roßlau gibt.

**Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung**, erklärt, dass nicht beabsichtigt ist, in Roßlau eine Gemeinschaftsunterkunft oder Ähnliches zu errichten. Zur Irritation hat möglicherweise geführt, dass ein freier regional tätiger Träger der Jugendhilfe in Roßlau ein Objekt von Privat angekauft hat. Der Träger hat

sich spezialisiert auf die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen sowie später von „UMAs“. Es sollen Wohngruppen errichtet werden. Näheres ist jedoch noch nicht bekannt, dass die Stadt derzeit noch nicht Teil des Vorhabens ist. Erst wenn das Haus betrieben wird, ist die Stadt involviert. Es handelt sich um keine große Einrichtung. Bei den Kindern ist eine dezentrale Unterbringung das Ziel und nicht in stationären Einrichtungen.

### Frage 3

Was konkret ist jetzt mit dem Wandbild im Ratssaal geplant?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erläutert, dass das Wandbild in die Neugestaltung des Ratssaales eingebettet wird. In diesem Kontext wird mit dem Wandbild verfahren, abschließende Entscheidungen sind noch nicht getroffen worden.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Stadtrat Fricke, SPD**, erscheint 16:35 Uhr zur Sitzung. Somit sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

### 7.1 Bericht zur Lage der Zugänge zur Unterbringung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine- Aktuelle Situation

**Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung**, gibt Auskunft mit Stand 28. August 2023. Insgesamt wurden 1.400 Kriegsgeflüchtete aufgenommen und untergebracht, davon

1.374 ukrainische Staatsbürger  
26 sonstige Staatsangehörige (ebenfalls über die Ukraine eingereits)

106 Kinder im Kindergartenalter  
284 Kinder im schulpflichtigen Alter

### 7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Seitens der Verwaltung liegen keine Mitteilungen vor, erklärt **der Ausschussvorsitzende**.

**Herr Kellner, Fraktion der CDU**, bittet darum, dass Einladungen zu Veranstaltungen rechtzeitig erfolgen. Dies geschah beispielsweise bei der Einweihung der Mannheimer Straße nicht. Er weist darauf hin, dass eine Vielzahl der Stadträte berufstätig ist und daher Termine koordiniert werden müssen. Des Weiteren haben die Bürger ein

---

Recht darauf, dass die von ihnen gewählten Stadträte anwesend sind. Er bittet darum, dies in Zukunft zu berücksichtigen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt in Abstimmung mit Stadtrat Kellner, dass eine Vorlaufzeit von zwei Wochen akzeptabel ist.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bittet aufgrund der erheblichen Problematik im Personalbereich um eine regelmäßige Berichterstattung über die offenen Stellen, deren Besetzung wichtig erscheint. Interessant sind hierzu die erfolgten Aktivitäten, um dem entgegenzusteuern, die Probleme zu lösen und somit arbeitsfähig zu sein. Er äußert die große Sorge seiner Fraktion bezüglich der fachlichen Bereitstellung bestimmter Strukturen. Es müssen Büros angeworben werden, die Aufgaben erledigen, die die Stadt theoretisch selbst erarbeiten müsste. Stadtrat Schönemann bittet um Auskunft, wie sich die Verwaltung fachlich wieder besser ausrichten kann, um die eigenen Interessen besser wahrnehmen zu können. Seine Fraktion hat in Diskussionen festgestellt, dass es sich schwierig gestaltet, Vorhaben auf den Weg zu bringen durch Büros, die die Region nur bedingt kennen und die sich erst einarbeiten müssen. Die Ausstattung der Fachbereiche war in der Vergangenheit besser. Er bittet um Abarbeitung der Schwerpunkte des problematischen Personalbereichs und Bericht im Haupt- und Personalausschuss durch den Oberbürgermeister oder Fachdezernenten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sichert zu, ein geeignetes Darstellungsformat zu finden. Der zuständige Beigeordnete hatte bereits berichtet, dass ein deutlicher zahlenmäßiger Zuwachs in diesem Jahr erfolgte. Bei der Rekrutierung gibt es immer Stellen, die sich schwieriger besetzen lassen.

**Stadtrat Schönemann** spricht des Weiteren das Thema „Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiter“ an. Er möchte wissen, wie dies künftig konzipiert, organisiert und finanziert werden soll. Er hat den Eindruck, dass in den letzten Jahren nicht das umgesetzt wurde, was erforderlich gewesen wäre. Er sieht es als wichtige Aufgabe, die Verwaltung aus dem eigenen Bestand heraus fit zu machen. Es müssen Antworten gefunden werden. Die Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter ist besser, als Personal einkaufen zu müssen. Das geht nur über Kooperationen mit Fachhochschulen und Universitäten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** möchte dem Haushaltsentwurf nicht vorgreifen, nach seinem Kenntnisstand wurde jedoch das Fort- und Weiterbildungsbudget deutlich erhöht. Es wird mit der dualen Ausbildung begonnen und diese in den nächsten Jahren fortgesetzt. Die Rahmenbedingungen für die Begleitung der dual Studierenden werden geschaffen. In B2-Lehrgängen werden sich Kolleginnen und Kollegen für den gehobenen Dienst qualifizieren, in den B1-Lehrgängen für den mittleren Dienst. Die Fortbildungen erfolgen über den SIKOSA e.V., der von allen Städten und Landkreisen genutzt wird. Aber auch bei anderen Institutionen erfolgen Fortbildungsmaßnahmen. Nach Einreichung sachlich begründeter Fortbildungsanträge werden die Möglichkeiten in unterschiedlicher Form wahrgenommen. Das Personalthema wird

konkret angegangen. Einige Stellen sind schwieriger zu besetzen, wie beispielsweise im Ingenieurs- oder im sozialen Bereich. Aus seiner Sicht wurde vom Personaldezernat eine gute Lösung gefunden. Die Schulsozialarbeiterstellen wurden unbefristet ausgeschrieben, sodass der Kreis der Interessenten erhöht wurde. Ein Teil der Stellen konnte gut besetzt werden. Die Ausschreibung für die verbliebenen Stellen ist erfolgt. Viele Möglichkeiten werden genutzt, um den Fachkräftebedarf zu decken, dass jedoch in einer großen Verwaltung auch mal Stellen unbesetzt sind, liegt in der Natur der Sache. Die Basisversorgung muss jedoch immer gegeben sein. Noch stärker soll zukünftig darauf geachtet werden, das Anforderungsprofil zu hinterfragen, um Bewerber anderer Studiengänge und Laufbahnen einbinden zu können. Das Interesse an den Stellenausschreibungen ist seiner Meinung nach vorhanden.

Das Personalthema stand auch bei **Herrn Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste**, auf der Liste. Mit Start der neuen Beigeordneten bestand das Arbeitsversprechen, die Arbeitsfähigkeit innerhalb der Verwaltung zu erhöhen. Seine Anregung ist es, das Thema im Stadtrat darzustellen, da auch nach außen die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung ein wichtiges Thema ist. Es könnten ein paar grundsätzliche Ausführungen im Bericht des Oberbürgermeisters enthalten sein. Eine regelmäßige Berichterstattung wird von Stadtrat Fackiner begrüßt. Er regt ein kurzes Statement der Beigeordneten in der nächsten Sitzung darüber an, wie sich die Thematik in ihrem Arbeitsbereich im Moment darstellt und wo Probleme auftreten.

Des Weiteren möchte Stadtrat Fackiner wissen, ob der Beschlussantrag zur Bernburger Straße wieder auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates steht.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass die Vorlage wieder auf der Tagesordnung stehen wird. Das ist der normale Verfahrensweg. Zum Thema Personal ergänzt er, dass sich darauf verständigt wurde, ein Tool für das Online-Bewerbungsverfahren zu aktivieren. Ziel ist es, damit spätestens im neuen Jahr zu beginnen. Auch das ist eine Form der Weiterentwicklung.

Die erste Frage von **Herrn Mrosek, Fraktion der AfD**, richtet sich an Herrn Kuras. In der Zeitung war bezüglich des bereits angesprochenen Vereins zu lesen, dass die Stadt keine Kenntnis davon hat, dass UMAs (unbegleitete minderjährige Ausländer) in der Einrichtung betreut werden sollen. In Roßlau finden zahlreiche Diskussionen zu dem Thema statt. Er möchte wissen, ob bezüglich der Immobilie ein Nutzungsänderungsantrag einzureichen ist oder ob diese Art der Nutzung pauschal genehmigt wird. Die zweite Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Kuras. Stadtrat Mrosek bezieht sich auf seine Äußerung im Stadtrat bezüglich des Sozialpasses für Flüchtlinge, mit dem städtische Einrichtungen kostenfrei besucht werden können. Er möchte wissen, ob Flüchtlinge und Asylbewerber einen „Persilschein“ für den Eintritt in öffentliche Einrichtungen haben. So hat er es von der Website des Naturkundemuseums entnommen. Die dritte Frage richtet sich an den Oberbürgermeister. Im Finanzausschuss wurde die Entwässerungsproblematik in Mosigkau angesprochen. Da Mosigkau auf einer Sumpflandschaft erbaut wurde, wurden Entwässerungsgräben ge-

schaffen. Trotz Niederschlägen besteht nach wie vor das Verbot, von 10 bis 18 Uhr Wasser entnehmen zu dürfen. Er möchte wissen, ob das Verbot bis 30.09.2023 aufrechterhalten wird oder der Zeitpunkt geändert werden kann. Wasser ist derzeit genug vorhanden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** äußert sich zum Thema „Wasser“. Eine qualifizierte Antwort wird durch das Fachamt erfolgen.

**Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung**, kann nicht verbindlich beantworten, ob der freie Träger UMAs oder andere Personen in Roßlau unterbringen wird. Das Gebäude wurde gekauft, eine bauordnungsrechtliche Genehmigung für die Nutzung, die dort stattfinden soll, muss vorliegen. Eine Nutzungsänderung muss beim Bauordnungsamt beantragt werden. Nach Kenntnis von Herrn Kuras ist dies bislang nicht erfolgt. Bei einer unterstellten Nutzung als Einrichtung für Kinderwohngruppen wird eine Betriebserlaubnis des Landesjugendamtes benötigt. Beide Genehmigungen müssen losgelöst voneinander beantragt werden. Möglicherweise sind diese Anträge noch nicht gestellt worden.

Bezüglich der Entgeltordnung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte führt Herr Kuras aus, dass dieser Beschluss des Stadtrates vor einigen Jahren erfolgte. Zu dieser Zeit waren die Themen, die heute diskutiert werden, noch in weiter Ferne. Die Festlegungen müssen von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand gestellt werden, ob diese noch so gewollt sind oder nicht.

**Stadtrat Mrosek** stellt fest, dass seine direkte Frage nach kostenfreien Eintritten in der letzten Stadtratssitzung nicht entsprechend der Aussage von Herrn Kuras beantwortet wurde. Des Weiteren möchte er wissen, ob es aufgrund des starken öffentlichen Interesses nicht sinnvoll wäre, über den Nutzungsänderungsantrag im Bauausschuss oder Stadtrat zu entscheiden oder ob verwaltungstechnisch allein im Bauamt entschieden wird.

**Herr Kuras** teilt mit, dass es sich bei dem bauordnungsrechtlichen Verfahren um kein politisches Verfahren handelt. Fachlich eingebunden ist lediglich der Jugendhilfeausschuss hinsichtlich der Unterbringung und der Notwendigkeit.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, bestätigt die Aussage von Herrn Kuras. Politisch kann über den Antrag nicht entschieden werden, es kann lediglich eine Information erfolgen.

**Stadtrat Mrosek** stimmt dem grundsätzlich zu, sieht jedoch den politischen Zündstoff bei den Anwohnern. Daher sollte ein größeres Augenmerk auf das Thema gelegt und die Entscheidung von anderen Gremien getroffen werden. Die Nutzung des gegenständlichen Objektes wird mit der Unterbringung von UMAs grundlegend geändert wird. Stadtrat Mrosek weist auf die in den Medien zu verfolgenden Sicherheitsrisiken hin. Wenn Roßlauer Bürger dann dagegen vorgehen, sollte die Angelegenheit höher angebunden werden als ein reiner Verwaltungsakt.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün,** führt aus, dass ein Objekt als Wohngebäude genutzt werden kann, ohne dass hierzu eine Erlaubnis eingeholt werden muss, anders bei einer Nutzung als Heim oder gastronomisch. Wie hoch das Potential ist, dass etwas passieren könnte, und inwieweit informiert wird, sind Punkte, die politisch zu beurteilen sind.

**Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste,** wendet sich an Stadtrat Mrosek und kritisiert, dass dieser etwas schürt, was nicht gegeben ist. Der Betreiber möchte die ehemalige Gaststätte „Ratskeller“ zu einer Kindereinrichtung umbauen, wie er dies bereits in Köthen umgesetzt hat. Auch in Roßlau hat der Betreiber bereits Wohnungen, in denen Kinder und Jugendliche – unter anderem mit Migrationshintergrund – untergebracht sind. Es steht das Wohl des Kindes im Vordergrund, wenn diese aufgrund von Gefährdung aus Familien genommen und in der Kindereinrichtung betreut werden. Es handelt sich nicht nur um Kinder mit Migrationshintergrund, sondern auch um Kinder aus der Stadt.

**Herr Fricke, Fraktion der SPD,** schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Koschig an und kritisiert den Redebeitrag von Stadtrat Mrosek als „Dummgerede“, mit dem dieser etwas „am Kochen halten möchte“, was noch nicht spruchreif ist. Es handelt sich um ein übliches Baugenehmigungsverfahren, auf das der Betreiber Anspruch hat, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Er kann das Rechtsverständnis des Redners nicht nachvollziehen, wonach eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werden soll, weil Ausländer in der Einrichtung wohnen werden.

**Herr Mrosek, Fraktion der AfD,** weist den Angriff von Stadtrat Fricke aufs Schärfste zurück. Es handelt sich hier nicht um eine übliche Änderung der Nutzung. Viele Bürgerinnen und Bürger aus Roßlau sind aufgebracht und fühlen sich nicht ausreichend informiert. Es wurden bereits Flugblattaktionen durchgeführt. Ausländer, die sich integrieren, die deutsche Sprache lernen und arbeiten, heißt er herzlich willkommen. Seine Fraktion spricht sich nicht grundsätzlich gegen Ausländer aus, nur gegen solche, die sich an den „sozialen Trog“ setzen und nicht gewillt sind, sich zu integrieren und eine Arbeit aufzunehmen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** kann die Antworten der Stadträte Koschig und Fricke nachvollziehen. Die Argumentation von Stadtrat Mrosek bezüglich des Integrierens und des sozialen Systems ist nicht geltend zu machen, da es sich um Kinder und Jugendliche handelt, die in einer anderen Landschaft zu Hause sind und dringend Hilfe benötigen. Er sieht keinen Handlungsbedarf. Die gestreuten Bedenken, die kolportiert werden, sind nach den heutigen Antworten gegenstandslos. Er äußert die Bitte, diese Art von Polemik zu unterlassen.

**Herr Kellner, Fraktion der CDU,** richtet das Wort an Herrn Kuras und wiederholt seine Frage bezüglich der veralteten desolaten Toiletten in der Grundschule Luisium. Das Einziehen von neuen Kabeln und das Anbringen einer Notbeleuchtung löst nicht das Problem. Die Kinder und Jugendlichen sollten vernünftige Toiletten haben. Er bittet um Prüfung, ob dieser Posten im Haushalt verankert werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** stellt fest, dass Herr Kuras die Anmerkung mitnimmt.

**Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste**, erfragt den Sachstand bezüglich der Realisierung der Toilettenanlage in der Wasserburg Roßlau. In den diesjährigen Haushalt wurden hierfür etwa 40.000 € eingestellt. Bis jetzt hat sich diesbezüglich jedoch noch nichts bewegt.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, nimmt die Angelegenheit zur Klärung mit.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

## **8 Beschlussfassungen**

### **8.1 Verhandlungsmandat zur Übertragung des UNESCO-Welterbes der in der Stadt Dessau-Roßlau befindlichen Teile des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches Vorlage: BV/229/2023/I-OB**

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, führt ausführlich in die Vorlage ein. Es geht um ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen, um mit dem Land in Gespräche gehen zu können. Damit soll die Stadt die Möglichkeit einer Entlastung bei der Pflege und den Unterhaltskosten für Teile des UNESCO Weltkulturerbes durch das Land sondieren.

Alle anwesenden Stadträte äußern ihre Meinung zum Thema. Jeder erklärt den Standpunkt seiner Fraktion. Mehrheitlich wird eine Übertragung des Schlosses Georgiums zu dieser Zeit an das Land abgelehnt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass es bei dieser Beschlussvorlage nur um ein Verhandlungsmandat geht, um mit dem Land in Gespräche gehen zu können, Möglichkeiten auszuloten, um gegebenenfalls die Stadtkasse zu entlasten. Es können noch Änderungsvorschläge zur Beschlussvorlage eingebracht werden, da noch zwei Gremien über diese Beschlussvorlage entscheiden müssen.

Vorschläge, die Beschlussvorlage zu überarbeiten, indem inhaltliche Vorgaben für die Gespräche aufgenommen werden, Die Formulierung von Zielsetzungen für die Gespräche oder die Beschlussvorlage zurückzustellen oder zu vertagen, finden mehrheitlich keine Zustimmung. Änderungen, Anpassungen an diese Beschlussvorlage können allerdings noch in den folgenden Gremien eingebracht werden.

**Herr Stadtrat Picek, Pro Dessau-Roßlau**, stellt einen Änderungsantrag zu Punkt drei der Beschlussvorlage.

Punkt drei der Beschlussvorlage soll wie folgt umformuliert werden:

*Die Arbeitsgruppe informiert in geeigneter Form regelmäßig und rechtzeitig die Entscheidungsträger im Stadtrat und der Stadtverwaltung über den Stand der Erarbeitung.*

**Der Ausschussvorsitzende** übernimmt den Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Picek und bittet die Stadträte um Abstimmung der Beschlussvorlage in dieser geänderten Form, um diese in den folgenden Ausschüssen qualifizieren zu können.

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Übertragung der im Besitz der Stadt Dessau-Roßlau befindlichen Teile des UNESCO-Welterbes Dessau-Wörlitzer Gartenreich gemäß Aufgabenstellung in Anlage 1
2. Zur Erarbeitung des unter Punkt 1 genannten Konzeptes wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Stadt Dessau-Roßlau, der Staatskanzlei des LSA sowie der Kulturstiftung Dessau-Wörlitzer Gartenreich etabliert. Als ständige Mitglieder der Stadt werden die Amtsleiterinnen des Rechtaamtes und des Kulturamtes benannt.
3. Die Arbeitsgruppe wird durch ein Gremium begleitet, das sich aus dem Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden zusammensetzt. Das Gremium ist regelmäßig über den Stand der Erarbeitung zu informieren, um ggf. notwendige Weichenstellungen der Arbeitsrichtung zu steuern.

**Abstimmungsergebnis:** 7:1:2

## **8.2 Beschluss über die Anzahl und die Einteilung der Wahlbereiche für die Stadtratswahl 2024** **Vorlage: BV/230/2023/I-OB**

**Der Ausschussvorsitzende** führt in die Vorlage ein und gibt bekannt, dass es durch die Vorberatungen eine Einigung auf sechs Wahlbereiche gibt.

Es gibt Vorschläge, die sechs Wahlbereiche umzustrukturieren. Der Wunsch besteht, den Bereich Törten dem Bereich Süd und Heideburg zuzuordnen und der Bereich Süd zum Innerstädtischen Bereich.

Nach Hinweis der **Wahlleiterin** würde das eventuell zahlenmäßig nicht aufgehen, da in allen Wahlbereichen in etwa die gleiche Anzahl Wahlberechtigte vorhanden sein muss. Die Einteilung komplett zu ändern, würde Zeit kosten, die dann auf Kosten der Aufstellung der Kandidaten geht.

**Herr Stadtrat Schönemann, Die Linke**, stellt den Antrag, Törten von Wahlbereich II in Wahlbereich III zuzuordnen.

**Der Ausschussvorsitzende** erklärt, dass Änderungen der Wahlbereiche erst aufgearbeitet werden müssen, um anschaulich zu machen, wie das dann zahlentechnisch in den Wahlbereichen aussehen würde.

**Herr Stadtrat Adamek, CDU**, fasst zusammen, dass es zahlenmäßig aufgehen würde, den Wahlbereich sechs aus Wahlbereich zwei dem Wahlbereich drei zuzuordnen. Dem stimmt der **Ausschussvorsitzende** zu.

**Die Stadträte** diskutieren darüber, was geht und was nicht geht, um die 20 Prozent nicht zu überschreiten.

**Der Ausschussvorsitzende** erklärt, dass der Stadtbezirk Törten dem Wahlbereich drei zugeordnet werden kann, stellt den gemeinsamen Änderungsantrag und bittet die Stadträte um Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: 8:2:0**

Die Möglichkeit, den innerstädtischen Wahlbereich dem Wahlbereich zwei zuzuordnen, muss auf Machbarkeit geprüft werden.

**Herr Stadtrat Kellner** bittet grundsätzlich um eine frühere Bekanntgabe der Vorlagen, um genügend Zeit zu haben, darüber zu diskutieren. Ein Vorlauf von vier Wochen wäre wünschenswert.

**Der Ausschussvorsitzende** stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Für die Stadtratswahl am 09. Juni 2024 wird die Stadt Dessau-Roßlau in sechs Wahlbereiche eingeteilt.

**Abstimmungsergebnis:**                      **8:2:0**

## **8.3            Berufung Stadtwahlleiter und stellvertretenden Stadtwahlleiter Vorlage: BV/231/2023/I-OB**

Auf Wunsch von Stadtrat Schönemann stellt **Frau Hankel, Sachgebietsleiterin Statistik und Wahlen**, sich und Herrn Mielniczek, Sachbearbeiter Statistik und Wahlen, kurz vor.

## **Beschluss:**

1. Frau Jennifer Hankel, Leiterin des Wahlamtes der Stadt Dessau-Roßlau, wird zur Stadtwahlleiterin der Stadt Dessau-Roßlau für die Kommunalwahlen 2024 berufen.
2. Herr Danilo Mielniczek, SB Statistik und Wahlen der Stadt Dessau-Roßlau, wird zum stellvertretenden Stadtwahlleiter für die Kommunalwahlen 2024 berufen.

**Abstimmungsergebnis:** 10:0:0

## **8.4 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das OVG Magdeburg Vorlage: BV/255/2023/I-30**

**Frau Ochmann, Juristin Beihilfestelle**, führt zur Beschlussvorlage aus, dass die Stadt vom OVG aufgefordert wurde, zwei ehrenamtliche Richter als Bewerber zu benennen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 05.07.2023 nur eine Bewerberin gewählt, die die erforderliche Stimmenanzahl erreicht hat. Nach dem erneuten Bewerbungsverfahren liegen nunmehr 14 Bewerbungen vor. Es werden 2/3 der gesetzlichen Mitglieder des Stadtrates benötigt, mindestens jedoch 50 Prozent der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates. Jedes Mitglied hat bei dem Wahlgang nur eine Stimme. Es wird noch eine Person als ehrenamtlicher Richter benötigt.

Wortmeldungen werden nicht erhoben.

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste mit dem Bewerber, der im Rahmen einer Vorauswahl zwei Drittel der Stimmen der gesetzlichen Mitgliederzahl des Stadtrates, mindestens jedoch 50 Prozent der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates, erreicht hat.

**Abstimmungsergebnis:** 10:0:0

## **8.5 Bürgerbüro Roßlau im Rathaus Roßlau Vorlage: BV/216/2023/V-32**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt in die Beschlussvorlage ein. Auf Nachfrage von Stadtrat Schönemann erklärt er, dass es sich nicht um eine reine Organisationsvorlage handelt, sondern um eine Vorlage, die einem Grundsatzbeschluss des Stadtrates gleichkommt.

**Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste**, freut sich, dass in dieser Sache Bewegung eingetreten ist und die Roßlauer Bürger ab dem kommenden Jahr kürzere Wege haben. Sie hält es jedoch für erforderlich, dass der Ortschaftsrat in Kenntnis genommen wird. Dieser ist nicht in der Beratungsfolge enthalten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** weist auf die Zeitverzögerung hin, die bei einer nachträglichen Einbindung des Ortschaftsrates entstehen würde.

**Stadträtin Koschig** würde eine rein informative Einbindung begrüßen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** versucht dies zu ermöglichen, gegebenenfalls nach der Entscheidung im Stadtrat. Er bedankt sich für den Hinweis.

Nach Wahrnehmung von **Herr Mrosek, Fraktion der AfD**, fühlte sich der Ortsteil Roßlau gegenüber Dessau immer benachteiligt. Im Finanzausschuss bestand Einigkeit darüber, dass dieses Bürgerbüro notwendig ist. Die anwesende Ortsbürgermeisterin, Frau Müller, zeigte sich begeistert. Die Entscheidung ist im Interesse des Stadtteils Roßlau und damit auch des Ortschaftsrates.

**Stadträtin Koschig** stellt klar, dass sie sich nicht gegen das Bürgeramt ausgesprochen hat. Sie hatte nur die fehlende Einbindung des Ortschaftsrates moniert.

Eine Mitarbeiterin von Herrn Horváth weist darauf hin, dass der zuständige Beigeordnete diesbezüglich eine Sondersitzung mit dem Ortschaftsrat Roßlau einberufen wird und ihn in Kenntnis setzt.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste**, zeigt sich erfreut über die Maßnahme. Wichtig ist ihm dennoch darauf hinzuweisen, dass die Umsetzung eines Beschlusses auch vor Ort besprochen werden muss. Die entsprechende Beratungsfolge sollte künftig beachtet werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt aus, dass nach Bericht von Herrn Horváth das Vorhaben mit der Ortsbürgermeisterin vorberaten wurde, sichert aber eine Einbindung des Ortschaftsrates zu.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärt, dass der umzusetzende Beschluss auf Wunsch des Ortschaftsrates selbst entstanden ist. Die Schaffung der Tatsachen ist für den Ortschaftsrat mehr als erfreulich, gerade im Hinblick auf die Bedeutung des Rathauses.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, stellt klar, dass die Freude im Ortschaftsrat durch den Wegzug des Technischen Rathauses getrübt ist, auch wenn nun das seit 16 Jahren überfällige Bürgeramt errichtet wird.

## **Beschluss:**

1. Im Rathaus Roßlau wird ein Bürgeramt ab dem Jahr 2024 eingerichtet. Die angebotenen Bürgerserviceleistungen entsprechen denen des Bürgeramtes im Rathaus Dessau.
2. Zur Umsetzung dieser Maßnahme sind zwei Vollzeitstellen zu schaffen und ab dem Jahr 2024 zu besetzen.

**Abstimmungsergebnis:** 10:0:0

## **8.6 Aufhebung der Teilzeitregelung im Anhaltischen Theater Vorlage: FV/018/2023/StR**

**Der Ausschussvorsitzende** weist darauf hin, dass der Beschlusstext geändert wurde und dies allen Stadträten vorliegen sollte. Der Beschlusstext wurde unter Punkt eins ergänzt, mit dem Zusatz, dass die Stadt sich dauerhaft zu einem fünf Sparten Haus bekennt.

**Herr Stadtrat Schönemann, Die Linken**, führt in die Vorlage der Linken und der SPD ein.

**Herr Stadtrat Adamek, CDU**, fragt nach, ob die befristeten Verträge betroffen sind.

**Der Ausschussvorsitzende** erklärt, dass die bestehenden Verträge nicht betroffen sind. Es gibt einen Zeithorizont, wann die Vollbeschäftigung in Gänze umgesetzt wird. Arbeitsplätze werden nicht wegfallen. Es gab und gibt schon immer befristete Verträge im Theater. Ein Abschmelzen des Personals ist nicht geplant. Das breite Spektrum des Theaters ist ein hohes Gut und macht das Theater attraktiv. Daran soll festgehalten werden.

**Herr Stadtrat Fackiner, Die Grünen, FDP, Neues Forum Bürgerliste**, erkundigt sich nach den rechtlichen Gegebenheiten bei der Umsetzung und zitiert aus dem damaligen Vertrag.

**Der Ausschussvorsitzende** ergänzt, dass der Erhalt aller Sparten auch den Niveaueerhalt aller Sparten impliziert. Er erklärt das am Beispiel der Philharmonie mit Fußnote B. Dort gelten andere Tarife als bei einem Orchester mit Fußnote C oder D.

**Herr Stadtrat Mrosek, AfD**, richtet seine Frage an Herrn Stadtrat Schönemann. Er möchte wissen, ob mit der Vollzeitbeschäftigung dann auch das Angebot des Theaters steigt. Gibt das die Kapazität her.

**Herr Stadtrat Schönemann, Die Linke**, geht nochmal zurück in der Zeit und erklärt, wie es zu der Reduzierung der Arbeitszeit kam. Das war damals die einzige Möglich-

keit eine Abschmelzung der Sparten generell zu verhindern und das Haus so zu erhalten, wie es jetzt ist.

**Der Ausschussvorsitzende** ergänzt, dass über eine Verlängerung der Spielzeit in den Sommer hinein nachgedacht werden kann. Auch die Wiederaufnahme der Gastspielreisen, mit dem Theater als Botschafter unserer Stadt und das Weihnachtskonzert im Stadion, durchgeführt vom Theater, sind Potenziale, über die nachgedacht wird.

**Herr Stadtrat Kellner, CDU**, findet es auch wichtig, ein Zeichen zu setzen, um Fachkräfte zu halten und er denkt, dass nicht alle Beschäftigten in die Vollzeit zurück gehen, da für viele die Work-Life Balance wichtig ist. Weitere Wortmeldungen gibt es keine und der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** unterbricht die Sitzung für eine 10minütige Pause um 18:54 Uhr.

### **Beschluss:**

1. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Reck wird beauftragt, die Rahmenvereinbarung zwischen der Stadt Dessau- Roßlau und den Gewerkschaften zur Einführung einer Teilzeitregelung im Anhaltische Theater Dessau aufzuheben.

2. Die Stadt, vertreten durch die Theaterleitung, bietet nach der positiven Bestätigung der Beschlussvorlage allen auf der Grundlage des NV- Bühne, des TVK und des TVÖD beschäftigten Mitarbeitern eine Erhöhung auf 100% der bisher arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit an.

3. Die Stadt Dessau- Roßlau hat die entsprechenden finanziellen Mehrkosten in den Zuwendungsverhandlungen mit dem Land Sachsen- Anhalt zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**                    **9:0:1**

## **13            Öffentliche Beschlussfassungen**

### **13.1        Unternehmensangelegenheiten Entlastung der Geschäftsführung der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2022 Vorlage: BV/211/2023/II-20BTM**

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben und der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

---

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Entlastung der Geschäftsführung (01.01.2022 bis 30.06.2022 Eberhard Stamms; ab 01.07.2022 Frank Braunschweig) der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH für das Geschäftsjahr 2022 zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: 9:0:0**

**13.2 Unternehmensangelegenheiten  
Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Roßlau Fernwärme  
GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2022  
Vorlage: BV/212/2023/II-20BTM**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** und **Frau Stadträtin Koschig, Die Grünen, FDP, Neues Forum Bürgerliste**, erklären sich für befangen und nehmen an der Abstimmung nicht teil. Die Sitzungsleitung übernimmt Stadtrat Adamek und bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Im Anschluss übergibt er die Sitzungsleitung an Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: 7:0:0**

**14 Schließung der Sitzung**

Frau Ochmann vom Rechtsamt verteilt an alle Stadträte die BV/261/2023/I-30, über die am 20.09.2023 in der Sitzung des Stadtrates abgestimmt werden soll.

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, schließt die Sitzung um 19:26 Uhr.**

Dessau-Roßlau, 05.10.23

---

Dr. Robert Reck  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

---

Sabine Bittner  
Schriftführer